

Betreff: „Grazer Bildungspaket“ als Reaktion  
auf den Bildungsbericht des Bundes und als  
unterstützende Maßnahme gegen ein  
Zwei Klassen-Pflichtschulmodell



A-8010 Graz-Rathaus  
Telefon: (0316) 872-2120  
Fax: (0316) 872-2129  
email: [spoe.klub@stadt.graz.at](mailto:spoe.klub@stadt.graz.at)  
[www.graz.spoe.at](http://www.graz.spoe.at)  
DVR: 0828157

## **DRINGLICHER ANTRAG**

eingbracht von Frau Gemeinderätin Mag.<sup>a</sup> Alexandra Marak-Fischer  
in der Sitzung des Gemeinderates  
vom 11. April 2019

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
liebe Kolleginnen und Kollegen!

Der aktuelle Bildungsbericht, der vor ein paar Tagen von Bundesminister Heinz Fassmann präsentiert wurde, hat leider sehr deutlich gezeigt, dass sich die Schere zwischen Schulen mit schwierigen Bedingungen, den sogenannten „Brennpunktschulen“, und den Schulen mit vielen Kindern aus bildungsnahen Familien sukzessive weiter verstärkt. Die Konsequenz liegt auf der Hand: Wir bewegen uns immer mehr in Richtung eines Zwei Klassen-Bildungssystems, das naturgemäß nachhaltige mittel- und langfristige Folgen nach sich zieht. Denn während die einen durch hohe Bildungsstandards beste Ausbildungs-, Qualifizierungs- und damit Arbeitsplatzchancen haben, sehen sich Kinder in den sogenannten Brennpunktschulen mit Benachteiligungen konfrontiert, die sich über die Schulzeit hinaus negativ auswirken und die Zukunftschancen dieser Kinder massiv einschränken. Und dies nicht zuletzt auch deshalb, weil diese Schulen nicht über finanzstarke Elternvereine oder über die Sponsoren ansprechende Attraktivität verfügen, die Schulen vieles an Ausstattung wie auch an begleitenden Projekten zu finanzieren vermag, was über die öffentliche Hand nicht geht.

Die neue, stärkere Schulautonomie bei der Auswahl von Lehrenden entpuppt sich nun auch als weiter erschwerend, da die Standorte nicht zu den attraktivsten Arbeitsplätzen zählen und sich die DirektorInnen zunehmend schwer dabei tun, geeignetes Personal zu finden. Dabei wären natürlich gerade die besten oder erfahrensten PädagogInnen im Umgang mit herausfordernden Situationen gefragt.

Dass die seit heuer eingerichteten Deutschförderklassen mit bis zu 25 SchülerInnen ohne ausreichende Sprachkenntnisse in einer Klasse in keiner Hinsicht diese Problematik aufzulösen im Stande sind, wird mittlerweile auch von Bildungsminister Fassmann eingeräumt, der im Übrigen selbst bereits mehrmals feststellte, dass es insgesamt eine bessere und vor allem gezieltere Unterstützung dieser Schulen bedürfe, um die Chancengleichheit zu verbessern, und zwar eine bessere Unterstützung durch alle Ebenen.

Und was Fachleute in diesem Zusammenhang auch immer wieder festhalten: In erster Linie und kurzfristig braucht es natürlich eine bessere personelle und finanzielle Ausstattung, vor allem kleinere Gruppen- oder Klassengrößen, mehr Unterstützungspersonal; das ist kurzfristig umsetzbar, hat daher auch Priorität. Auf Stadtebene hieße das, die modernsten Räumlichkeiten, genügend Freiflächen und Bewegungsmöglichkeiten, aber auch eine optimale Arbeitsplatzgestaltung für die Lehrenden. Die Schulen könnten in ihrer Attraktivität auch mit besonderen Schwerpunktsetzungen unterstützt werden. Nicht zu vergessen die immer wieder erhobene Forderung, die sogenannten schulautonomen Mittel nicht im Gießkannenmodell auszuschütten, sondern sie zumindest teilweise gleichsam an den jeweiligen Sozialindex der einzelnen Schulstandorte zu knüpfen.

Zweitens gilt es aber insgesamt, dem Phänomen „Brennpunktschulen“ – und dabei handelt es sich eben um Schulen mit einem höheren Anteil an Kindern mit nichtdeutscher Muttersprache in bestimmten Stadtvierteln und mit Kindern aus finanziell schlechter bestellten Familien - entgegenzutreten: Indem etwa der soziale Wohnbau nicht eher auf einzelne Bezirke und Stadtviertel konzentriert wird, sondern sozialer Wohnbau über das gesamte Stadtgebiet hinweg stattfindet.

Wenngleich klar ist, dass Bund und Land eine wesentliche Verantwortung haben, diesem Auseinanderdriften im Bildungsbereich entgegenzutreten, sind entsprechende Möglichkeiten jedenfalls auch für die Stadt Graz selbst gegeben.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher

den dringlichen Antrag:

Alle zuständigen Stellen der Stadt Graz werden aufgefordert, im Sinne des Motivenberichtes unter Koordination des Bildungsstadtrates an der Ausarbeitung eines „Grazer Bildungspaketes“ mitzuwirken, um die Grazer Pflichtschulen gegen das sich im aktuellen Bildungsbericht abzeichnende Auseinanderdriften der Schulstandorte entgegenzuwirken und damit für Chancengerechtigkeit aller Grazer Kinder zu sorgen.